



Ausgebremst

Haushaltspolitik. Finanzmittel zweckentfremden, um die Schuldenbremse zu umgehen – dieser Praxis hat das Bundesverfassungsgericht im November 2023 einen Riegel vorgeschoben. Seither wird wieder heftig über Sinn und Unsinn der deutschen Schuldenbremse diskutiert. Niklas Potrafke vom ifo Institut spricht sich im iwd für die aktuelle Regelung aus und fordert von der Politik mehr Priorisierung und Ausgabendisziplin. IW-Direktor Michael Hüther sieht dagegen in der Schuldenbremse eine Investitionsbremse und hält eine Reform für notwendig. —> [Seiten 2-5](#)

Berufsausbildung

Mehr als 70.000 Ausbildungsplätze blieben in Deutschland zuletzt unbesetzt. Ohne ausländische Jugendliche wäre die Azubi-Lücke noch viel größer.

—> [Seiten 12-13](#)

Tarifpolitik

Zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften ging es im vergangenen Jahr so ruppig zu wie lange nicht. Das Jahr 2024 dürfte ähnlich konfliktreich werden.

—> [Seiten 14-15](#)

Gute Schulden, schlechte Schulden?

Haushaltspolitik. Um die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse zu umgehen, hat die Politik zuletzt kreativ mit Notlagen und Sondervermögen gearbeitet. Nun hat das Bundesverfassungsgericht das Verschieben von Mitteln in andere Jahre für andere Zwecke untersagt. Seitdem ist die Debatte um die Daseinsberechtigung der Schuldenbremse neu entbrannt. Dabei gibt es mehr Optionen als Abschaffen oder Beibehalten.

Unter dem Eindruck der schweren Finanzkrise in den Nullerjahren wurde 2009 in Deutschland die Schuldenbremse in die Verfassung aufgenommen. Ziel war und ist es, die Finanzlage von Bund und Ländern langfristig zu stabilisieren, indem für eine Neuverschuldung strenge Grenzen gelten. Um die Spielregeln der Schuldenbremse zu umgehen und weiter aus dem Vollen schöpfen zu können, hat die Politik zuletzt Notlagen ausgerufen und Sondervermögen geschaffen.

Dieser Praxis hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil zum Nachtragshaushalt des Bundes für das Jahr 2021 einen Riegel vorgeschoben.

Ab sofort ist der finanzielle Spielraum des Staates kleiner. Gleichzeitig sind die Aufgaben mit Blick auf die Transformation zur Klimaneutralität, den Krieg in der Ukraine und den demografischen Wandel so groß wie nie.

In der aktuellen Diskussion um die Schuldenbremse stehen sich nun zwei Lager gegenüber: Befürworter einer strikten Schuldenbremse argumentieren, dass die Politik nicht verantwortungsvoll mit Steuergeldern

umgeht, sie monieren ein Ausgabenproblem des Staates. Anhänger einer Lockerung der Schuldenbremse betonen, dass der öffentliche Investitionsbedarf groß ist und ohne Kredite nicht finanziert werden könne.

Generell steht Deutschland mit seiner Schuldenquote gut da: In keinem anderen G-7-Staat ist die Verschuldung so gering wie in der

Bundesrepublik. Auf EU-Ebene sieht es etwas anders aus (Grafik Seite 3):

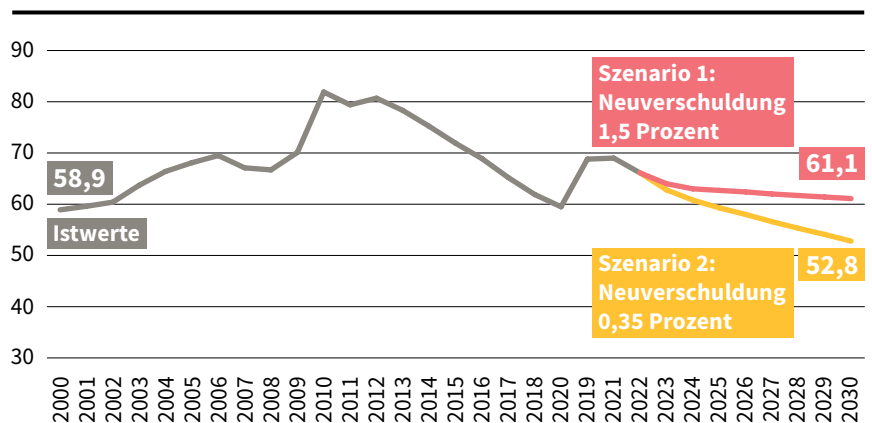
Die höchste Verschuldung in der EU hatte im Jahr 2022 Griechenland mit 173 Prozent, die niedrigste Estland mit rund 19 Prozent. Deutschland lag mit 66 Prozent im Mittelfeld.

Die Staatsverschuldung gehört somit nicht zu den primären ökonomischen

Staatsverschuldung: Zwei Szenarien

Das IW hat in zwei Szenarien berechnet, wie sich die Staatsverschuldung entwickeln würde, wenn die jährliche Neuverschuldung 1,5 Prozent beziehungsweise 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – Letzteres ist der laut Schuldenbremse zulässige Wert – betragen würde.

Staatsverschuldung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quellen: Deutsche Bundesbank, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

mischen Problemen der Bundesrepublik. Berechnungen des IW zeigen zudem: Hielte sich der Bund künftig Jahr für Jahr strikt an eine Neuverschuldung in Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), wie es die Schuldenbremse aktuell erlaubt, so ginge die Schuldenstandsquote bis 2030 kontinuierlich zurück. Doch auch dann, wenn der Staat die Kreditaufnahme moderat erhöhen würde, um mehr Investitionen finanzieren zu können, wäre keine Trendwende zum Schlechteren zu befürchten (Grafik Seite 2):

Selbst mit einer jährlichen Neuverschuldung von 1,5 Prozent des BIP würde die Schuldenstandsquote in Deutschland in den kommenden Jahren sinken.

In diese Richtung argumentiert auch der Sachverständigenrat. Er schlägt vor, die maximal mögliche Nettokreditaufnahme auf 0,5 Prozent des BIP zu erhöhen, bei einer Schuldenstandsquote von weniger als 60 Prozent auf 1 Prozent. Zusätzlich soll eine Übergangsphase nach einer Notlage es der Politik erleichtern, wieder die reguläre Verschuldungsgrenze einzuhalten.

Die sogenannten Wirtschaftsweisen befürworten zudem – wie die Bundesregierung selbst auch – eine Überarbeitung der sogenannten Konjunkturkomponente. Sie erlaubt, dass die strukturell mögliche Nettokreditaufnahme von 0,35 Prozent des BIP im Abschwung erhöht wird, um die Konjunktur zu stützen. Im Gegenzug verringert die Komponente in Boomphasen den Verschuldungsspielraum, um eine Überhitzung der Wirtschaft zu vermeiden. Den Reformvorschlägen zufolge soll das Verfahren zur Berechnung der Komponente präzisiert und gleichzeitig mehr Flexibilität in der Haushaltsplanung ermöglicht werden.

In der Vergangenheit nutzte die Politik zusätzlichen Handlungsspiel-

Schuldenquoten in der EU

Staatsverschuldung im Jahr 2022 in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

Griechenland	172,6
Italien	141,7
Portugal	112,4
Frankreich	111,8
Spanien	111,6
Belgien	104,3
Zypern	85,6
Österreich	78,4
Ungarn	73,9
Finnland	73,3
Slowenien	72,3
Kroatien	68,2
Deutschland	66,1
Slowakei	57,8
Malta	52,3
Niederlande	50,1
Polen	49,3
Rumänien	47,2
Irland	44,4
Tschechien	44,2
Lettland	41,0
Litauen	38,1
Schweden	32,9
Dänemark	29,8
Luxemburg	24,7
Bulgarien	22,6
Estland	18,5

Quelle: Eurostat
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

raum vor allem für gegenwartsbezogene Konsumausgaben statt für langfristige strukturelle Investitionen. Um das künftig zu verhindern, hat sich der Wissenschaftliche Beirat im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz für eine Nettoinvestitionsregel ausgesprochen. Im Kern bedeutet dies, dass Investitionen in neue Projekte wie den Aufbau einer Infrastruktur für Wasserstoff von der Schuldenbremse ausgenommen sein sollen, reine Erhaltungsinvestitionen wie die Reparatur einer Straße aber nicht. Der absehbare Streitpunkt

wäre in diesem Fall die Abgrenzung von Ausgaben als Investition.

Die Diskussion über eine Reform der Schuldenbremse sollte aber nicht bei der maximal erlaubten strukturellen Nettokreditaufnahme oder einer Neuberechnung der Konjunkturkomponente stehen bleiben. Vielmehr sollten weitergehende Reformalternativen diskutiert werden. Dabei wäre auch eine Berücksichtigung der Zinsbelastung denkbar. In Zeiten niedriger Zinsen könnte mehr Verschuldung erlaubt sein als bei hohen Zinsen.

Ist die Schuldenbremse zeitgemäß?

Pro und Kontra. Seit 2009 hat Deutschland eine Schuldenbremse. **Niklas Potrafke**, Leiter des ifo Zentrums für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie, hält sie weiterhin für wichtig, damit die Politik priorisiert und staatliche Ausgaben sorgfältig prüft. Für IW-Direktor **Michael Hüther** ist sie in ihrer jetzigen Form ein Hemmschuh und deshalb reformbedürftig.

„Ja“,



sagt Niklas Potrafke,
Leiter des ifo Zentrums für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie



Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023 wird wieder lebhaft über die Schuldenbremse diskutiert. Jetzt heißt es, sie sei nicht mehr zeitgemäß, weil die Herausforderungen – Klimawandel, dringender Investitionsbedarf, geopolitische Risiken – zu groß seien. Ja, die Herausforderungen sind groß und es gilt, die öffentlichen Investitionen auszuweiten und mehr zum Schutz des Klimas, in die Infrastruktur, Verteidigung, Bildung etc. zu investieren. Aber das sollte ohne neue Schulden passieren. Die Schuldenbremse ist gerade jetzt wichtig. Die erneute Debatte um die Schuldenbremse unterstreicht dies eindrucksvoll. In der Vergangenheit war es leicht, die Schuldenbremse einzuhalten – angesichts niedriger Zinsen und einer gleichzeitig wachsenden Wirtschaft. Nun ist die makroökonomische Lage schwieriger und schon sollen es neue Schulden richten. Die Schuldenbremse hält die Politik an, Prioritäten zu setzen und sorgfältig zu prüfen, wofür öffentliche Mittel verwendet werden sollen.

Der demografische Wandel erfordert unabdingbare Reformen unserer sozialen Sicherungssysteme. Allen voran sollte das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung angepasst werden. Das ist lange bekannt, aber die Politik rührt sich nicht. Vielmehr werden immer mehr Steuermittel der Rentenkasse zugeführt, um die durch den demografischen Wandel steigenden Rentenausgaben bestreiten zu können. Dieses Geld fehlt für öffentliche Investitionen. Eine Reformdebatte, wie die konsumtiven Ausgaben deutlich reduziert werden können – ne-

ben den Steuerzuschüssen in die Sozialversicherungen sind das auch Subventionen –, ist dringend notwendig und der Schlüssel zur Frage, wie höhere Investitionen finanziert werden können.

Empirische Studien liefern Evidenz zur Wirkung von Fiskalregeln wie der Schuldenbremse. Sie legen nahe, dass die Politik an der Schuldenbremse festhalten sollte, wenn sie weiterhin von niedrigen Risikoprämien auf Staatsanleihen profitieren und in den Genuss von ordentlichem Wirtschaftswachstum kommen möchte.

Berechtigt ist die Frage, ob die Schuldenbremse reformiert werden sollte, um sie besser zu machen. Die diskutierten Reformvorschläge überzeugen jedoch nicht. Dies gilt gerade auch für den bedeutendsten Reformvorschlag, investive Ausgaben von der Schuldenbremse auszunehmen. Es ist schwierig, Ausgaben als investiv oder konsumtiv zu deklarieren. Die Politik hätte immer einen Anreiz, sämtliche von ihr bevorzugten Ausgaben als investiv zu verkaufen und sie über Schulden zu finanzieren.

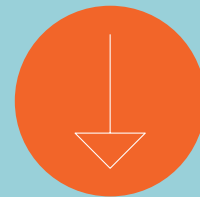
Weitere kleinere Reformvorschläge scheinen gemacht zu werden, um auf Teufel komm raus einen Reformprozess in Gang zu setzen, der die Schuldenbremse lockern und untergraben soll. Dem gilt es konsequent Absagen zu erteilen und die Schuldenbremse ohne solche Reformen zu erhalten.



„Nein“,



sagt **Michael Hüther**,
Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft



Muss die Schuldenbremse abgeschafft werden? Nein. Das Grundgesetz hat seit 1949 eine Schuldenregel und internationale Erfahrungen belegen, dass die disziplinierte Budgetpolitik wachstumsförderlich wirkt. Wer die Abschaffung fordert oder diese Forderung anderen unterstellt, der führt Scheindebatten. Ist die Schuldenbremse reformbedürftig? Ja. Jede Regel findet in der Wirklichkeit ihren Meister. Das führt zu Lektionen. Und wer wollte nicht lernfähig sein?

Die Reformbedarfe sind technischer und konzeptioneller Natur, genannt sei nur dies: Die Option, für eine Notlage die Schuldenbremse auszusetzen, ist mit einer Tilgungspflicht verbunden, die fragwürdige Effekte hat, wenn sie budgetpolitische Handlungsspielräume einschränkt und volkswirtschaftlich kontraproduktiv wirkt. Aus der überraschenden Interpretation des Verfassungsgerichts, dass eine Notlage sich an Jährlichkeit und Jährlichkeit zu orientieren habe, folgt offenkundig gesetzgeberischer Korrekturbedarf.

Unklar ist, wie der Finanzierungsbedarf für die Infrastruktur- und Transformationsinvestitionen gedeckt werden kann. Der starre Spielraum für die konjunktur-unabhängige Verschuldung im Jahr – 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – reicht dafür nicht. Das Klimagesetz verlangt bis 2045 klimaneutrale Produktion und Konsum. Ein Strukturwandel per Termin war wirtschaftspolitisch noch nie zu leisten, das stellt die Finanzierung vor neue Herausforderungen. Eine Generation wird es nicht aus ihren Steuerzahlungen leisten können.

Große Steuerreformen, wie zuletzt unter den Kanzlern Kohl und Schröder mit erheblichen Entlastungen für

Bürger und Unternehmen, folgten der berechtigten Idee, dass sie sich durch höhere wirtschaftliche Dynamik nachfinanzieren. In der Logik der Schuldenbremse müssen sie strukturell vorfinanziert werden. Da das nie gelingt, ist die Schuldenbremse eine Steuersenkungsbremse.

Reformvorschläge gibt es mittlerweile von vielen Seiten: vom Sachverständigenrat, vom Wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums, aus dem Institut der deutschen Wirtschaft. Die Diskursverweigerung derjenigen, die jede Änderung ablehnen, trägt nicht mehr.

Was bleibt an Gegenargumenten? Dass sich Länder mit Schuldenregeln ökonomisch besser entwickeln, bestreitet niemand. Dass es deshalb exakt unserer Schuldenbremse bedarf, ist sehr wohl zu bestreiten. Verwiesen wird auf Umschichtungen im Haushalt, sodass die notwendigen Investitionen und die gebotene Steuerreform ohne Kredite möglich würden; hinzu kämen noch gut 40 Milliarden Euro für Verteidigung, die im Finanzplan für 2027 fehlen. Dass 20 Prozent des Bundeshaushalts eingespart werden können, ist eine aberwitzige Vorstellung.

Wenn gar nichts mehr hilft, wird der Kulturkampf ausgerufen: Es formiere sich eine neue Welt mit Schuldenmachern. Schon angesichts der Reformbefürworter – bis hin zur Bundesbank – kann man dies in das Reich der Märchen verbannen. Argumente müssen sich an ihrem sachlichen Gehalt und dem Beitrag zur Problemlösung messen lassen. Die Verteidiger der Schuldenbremse bleiben solche Argumente schuldig.

Das bringt die Bafög-Reform

Studium. Um förderberechtigte Studenten besser zu unterstützen, setzt der jüngste Bafög-Reformentwurf vor allem auf mehr Flexibilität und höhere Freibeträge. Höhere Bafög-Sätze sind dagegen nicht vorgesehen.

Die meisten Studenten in Deutschland stammen aus einem Akademikerhaushalt: Laut Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hatten 2021 rund 56 Prozent der Studenten mindestens einen Elternteil mit einem Hochschulabschluss, 83 Prozent aller Studenten wurden finanziell von der Familie unterstützt.

Wer nicht aus einem finanzstarken Haushalt kommt, kann durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz (Bafög) gefördert werden. Die Zahl der Bafög-Bezieher ist allerdings auf längere Sicht gesunken (Grafik):

Im Jahr 2022 erhielten mit knapp 490.000 Studenten gut 16 Prozent aller Hochschul­er in Deutsch-

land Bafög – 1991 waren es noch gut 600.000 beziehungsweise 33 Prozent aller Studenten.

Zum kommenden Wintersemester soll das Bafög nun reformiert und an die aktuellen Lebensrealitäten angepasst werden. Der Reformentwurf sieht im Wesentlichen folgende Änderungen vor:

Flexibilität: Geförderte sollen die Regelstudienzeit durch ein „Flexibilitätssemester“ überschreiten dürfen; weiterhin wird Bafög-Beziehern ein Semester mehr eingeräumt für den Fall, dass sie während des Studiums ihre Fachrichtung ändern.

Freibeträge: Die Anhebung der Elternfreibeträge um 5 Prozent dürfte die Zahl der Anspruchsberechtigten und Geförderten weiter erhöhen. Während die Zahl der Bafög-Bezieher im Zeitraum zwischen 2012 und 2020 kontinuierlich gesunken ist, steigt sie seit 2021 nämlich wieder leicht. Hochschulnahe Interessensvertretungen halten die Erhöhung der Freibeträge aber für zu gering, um tatsächlich einen Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit zu leisten.

Finanzielle Förderung: Ein Novum ist die „Studienstarthilfe“. Studenten aus Haushalten, die Sozialhilfe beziehen, erhalten einmalig 1.000 Euro. Für den Start in eine Berufsausbildung ist allerdings keine ähnliche Förderung vorgesehen.

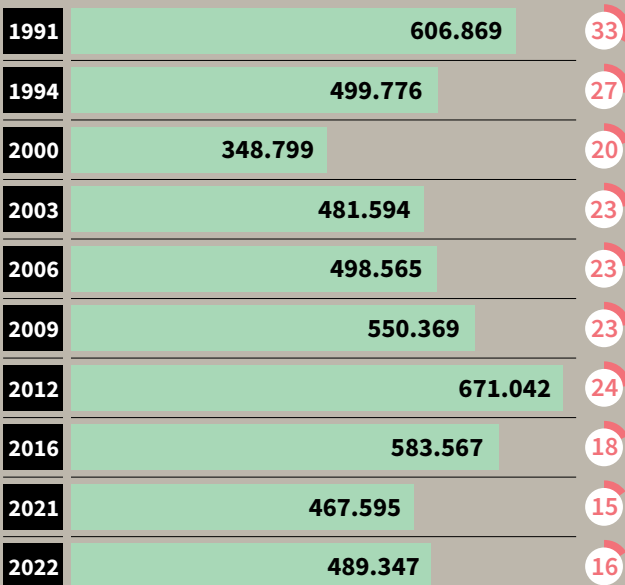
Die monatlichen Bafög-Förderbeträge sollen nicht steigen. Das BMBF begründet dies damit, dass eine nachhaltige Finanzierbarkeit der Bafög-Ausgaben sichergestellt sein muss.

Bürokratie: Obwohl im langfristigen Zeitverlauf die Zahl und der Anteil der Bafög-Empfänger gesunken ist, dauert die Bearbeitung eines Bafög-Antrags immer noch sehr lange, zudem ist die Beantragung komplexer geworden. Die Folge: Viele Studenten versuchen gar nicht erst, Bafög zu erhalten. Daher würde ein einfacheres Verfahren einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zu mehr Chancengleichheit im Hochschulsystem liefern.

Studium: Zahl der Bafög-Bezieher sinkt

So viele Studenten in Deutschland erhielten Bafög

■ In Prozent aller Studenten



Quellen: Bundesministerium für Bildung und Forschung; Statistisches Bundesamt
© 2024 IW Medien / iwd

Der Lohn der Erziehung

Einkommen. Um eine ausreichend große Zahl an Fachkräften für die Kinderbetreuung zu gewinnen, müssten nach Ansicht der Gewerkschaften die Gehälter in den benötigten Berufen angehoben werden. Verglichen mit anderen Dienstleistern verdienen zumindest weibliche Beschäftigte in Kitas und Vorschulen aber recht gut.

Wer sich zur Erzieherin oder zum Erzieher ausbilden lässt, der muss in der Regel an einer Fachschule oder einer vergleichbaren Einrichtung drei Jahre büffeln. Im Beruf angekommen, verdient sie oder er dann je nach Tätigkeit und Berufserfahrung derzeit zwischen 2.931 und 4.447 Euro im Monat – so steht es in der gesonderten Gehaltstabelle für den Sozial- und Erziehungsdienst.

Damit liegen die Einkommen über jenen, die andere Beschäftigte im öffentlichen Dienst der Kommunen

mit ebenfalls mindestens dreijähriger Berufsausbildung ab März 2024 beziehen – nämlich zwischen 2.929 und 3.996 Euro.

Die Kita-Mitarbeiterinnen schneiden auch im Vergleich zu Frauen in anderen Dienstleistungsbereichen recht gut ab, wie die tatsächlichen Bruttoentgelte belegen (Grafik):

Eine ausgebildete Erzieherin in einer Kita verdient ohne Sonderzahlungen monatlich im Schnitt 3.447 Euro brutto – 67 Euro mehr, als Frauen mit abgeschlossener

Berufsausbildung im Mittel aller Dienstleistungsbranchen erhalten.

Für Beschäftigte in Kitas lohnt es sich allerdings generell weniger als für andere Arbeitnehmer im Servicebereich, zusätzliche Qualifikationen zu erwerben oder kleinere Führungsaufgaben zu übernehmen:

Während eine „herausgehobene Fachkraft“ in Kitas 3.783 Euro brutto je Monat verdient, kommen entsprechende Mitarbeiter im Schnitt aller Dienstleistungspar-ten auf 4.784 Euro.

Insgesamt noch besser zahlt die Industrie – eine beruflich ausgebildete Fachkraft dort streicht durchschnittlich gut 12 Prozent mehr Gehalt ein als ein Kita-Mitarbeiter. Das mag ungerecht erscheinen, doch letztlich muss ein Lohn am Markt verdient werden. Auf Kitas übertragen heißt das: Wer höhere Gehälter für Erzieherinnen und Erzieher fordert, der muss auch akzeptieren, wenn die Betreuungsgebühren steigen.

Außerdem haben die Beschäftigten im öffentlichen Dienst verglichen mit ihren Industriekollegen ein geringeres Entlassungsrisiko, sie müssen weder Nachtschichten noch Sonn- und Feiertagsarbeit leisten und sie können sich auf die konstante Entlohnung nach Tarif verlassen – selbst in Krisenphasen, wenn Industriearbeiter mit dem Kurzarbeitergeld vorliebnehmen müssen.

Fachkräfte: Der Gehaltsvergleich

Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst von Vollzeitbeschäftigten ohne Sonderzahlungen im April 2023 in Euro

	Arbeitnehmer mit speziellen Fachkenntnissen und/oder Führungsaufgaben		
	Männer	Frauen	Insgesamt
Verarbeitendes Gewerbe	5.639	4.921	5.517
Dienstleistungsbereich	5.132	4.234	4.784
darunter: Beschäftigte in ...			
... Kindergärten und Vorschulen	3.615	3.804	3.783
... Schulen	4.464	4.157	4.335
	Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung		
	Männer	Frauen	Insgesamt
Verarbeitendes Gewerbe	3.949	3.448	3.859
Dienstleistungsbereich	3.656	3.380	3.540
darunter: Beschäftigte in ...			
... Kindergärten und Vorschulen	3.334	3.447	3.433
... Schulen	3.399	3.405	3.402

Beschäftigte in Kindergärten und Schulen: Angestellte und Beamte
Schulen: Grund- und weiterführende Schulen

Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2024 IW Medien / iwd

Mehr Deutschstunden vonnöten

Grundschulen. Bildungspolitik ist Ländersache, deshalb wird in manchen Bundesländern viel, in anderen weniger unterrichtet. Bereits in den Grundschulen weichen die Stundentafeln stark voneinander ab, was vor allem im Fach Deutsch zu großen Lücken bei den Schülern führen kann.

Die Grundschulen in Deutschland sind besonders: Während Grundschüler hierzulande mehr oder weniger ausschließlich vormittags die Schulbank drücken, tun sie dies in Frankreich, den USA oder Neuseeland schon als

i-Dötzchen bis 15 Uhr oder länger. Auch dass die Grundschulzeit in Deutschland nur vier Jahre dauert – mit Ausnahme von Berlin und Brandenburg, wo Grundschüler sechs Jahre lang unterrichtet werden – ist eine Seltenheit.

Ihre Wurzeln hat die kurze Grundschulzeit in Deutschland im Weimarer Schulkompromiss von 1920, als progressive Parteien im Deutschen Reich ein Einheitsschulsystem schaffen wollten.

Da sich dies politisch nicht durchsetzen ließ, verständigte man sich auf vier Jahre gemeinsames Lernen in der Grundschule als Minimalkompromiss. Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchten zwar die Alliierten, in Westdeutschland eine längere Phase des gemeinsamen Lernens zu etablieren, doch kehrten die Bundesländer in der frühen Nachkriegszeit sukzessive wieder zum in der Weimarer Republik etablierten System zurück. In der DDR dagegen wurde ein Einheitsschulsystem geschaffen, das erst nach der Wiedervereinigung zugunsten des gegliederten westdeutschen Schulsystems aufgegeben wurde.

Demzufolge ist es kein Wunder, dass im Jahr 2021 mit 7,1 Prozent nur eine Minderheit der Grundschul Kinder in Deutschland eine gebundene Ganztagschule besuchte – also eine Grundschule mit verpflichtender Teilnahme am Nachmittagsprogramm. Doch selbst in diesen Schulen dürfte der reguläre Unterricht vielfach nur an den Vormittagen stattfinden.

Dass dieses Stundenkontingent oft nicht ausreicht, um die Schüler für den Übertritt auf eine weiterführende Schule vorzubereiten, zeigen die Ergebnisse des IQB-Bildungstrends, der regelmäßig die Kompetenzen der Viertklässler in Deutsch und Mathematik überprüft:

Im Jahr 2021 verfehlten knapp 19 Prozent der Viertklässler die Mindeststandards im Lesen, fast 22 Prozent hatten eklatante Lücken in Mathematik.

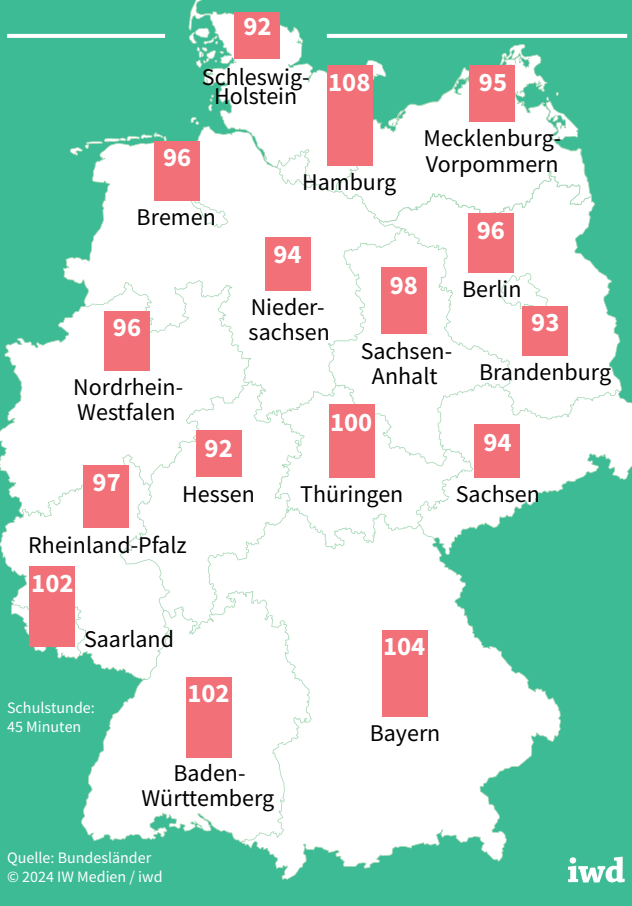
Zehn Jahre zuvor erfüllten nur jeweils rund 12 Prozent der Schüler nicht die Anforderungen in diesen Disziplinen.

Wie viele gesetzlich geregelte Pflichtstunden die Grundschüler in Deutschland in den einzelnen Bundes-

Grundschulen: Unterschiedliches Unterrichtspensum

So viele Schulstunden werden an Grundschulen wöchentlich in den ersten vier Jahrgangsstufen unterrichtet

Lesebeispiel: 96 Schulstunden entsprechen rein rechnerisch einem Durchschnitt von 24 Schulstunden pro Woche in jedem Jahrgang, wobei die Stundenkontingente in den ersten zwei Jahrgangsstufen deutlich niedriger ausfallen als in den Klassen 3 und 4.



ländern haben, hat nun das Institut der deutschen Wirtschaft untersucht. Da das wöchentliche Unterrichtspensum in den ersten beiden Jahrgangsstufen grundsätzlich niedriger ausfällt als in den Jahrgangsstufen drei und vier, wird der Umfang des Unterrichts für vier Jahre Grundschulzeit insgesamt betrachtet. Für Berlin und Brandenburg, wo die Grundschule sechs Jahre dauert, wurden der besseren Vergleichbarkeit halber nur die Jahrgangsstufen eins bis vier berücksichtigt. Im Bundesländervergleich zeigt sich eine große Spannweite (Grafik Seite 8):

Die meisten Unterrichtsstunden für Grundschüler bietet Hamburg mit insgesamt 108 Wochenstunden in den Jahrgangsstufen eins bis vier. Das entspricht durchschnittlich 27 Stunden je Schuljahr.

Am anderen Ende der Skala befinden sich Hessen und Schleswig-Holstein mit insgesamt je 92 Unterrichtsstunden in der Woche, was rein rechnerisch 23 Wochenstunden pro Jahrgang ergibt.

Die großen Unterschiede im Stundenpensum der einzelnen Bundesländer relativieren sich allerdings etwas, wenn man berücksichtigt, dass beispielsweise in Bayern mit insgesamt 104 wöchentlichen Schulstunden über alle vier Schuljahre hinweg allein zehn Wochenstunden für den verpflichtenden Religionsunterricht vorgesehen sind. Auch in Rheinland-Pfalz entfallen substantielle Teile des Pflichtunterrichts an den Grundschulen auf dieses Fach. In den brandenburgischen Grundschulen dagegen ist Religion oder Ethik kein Pflichtfach. Außerdem beinhaltet die IW-Zusammenstellung des Unterrichtspensums keine freiwilligen Angebote der Grundschulen und Horte, die die Kompetenzentwicklung der Kinder ebenfalls stark fördern können.

Was aber ist mit den in der Grundschule besonders wichtigen Fächern Deutsch und Mathematik? Hier offenbart sich ein relevanter Unterschied zwischen den Bundesländern (Grafik):

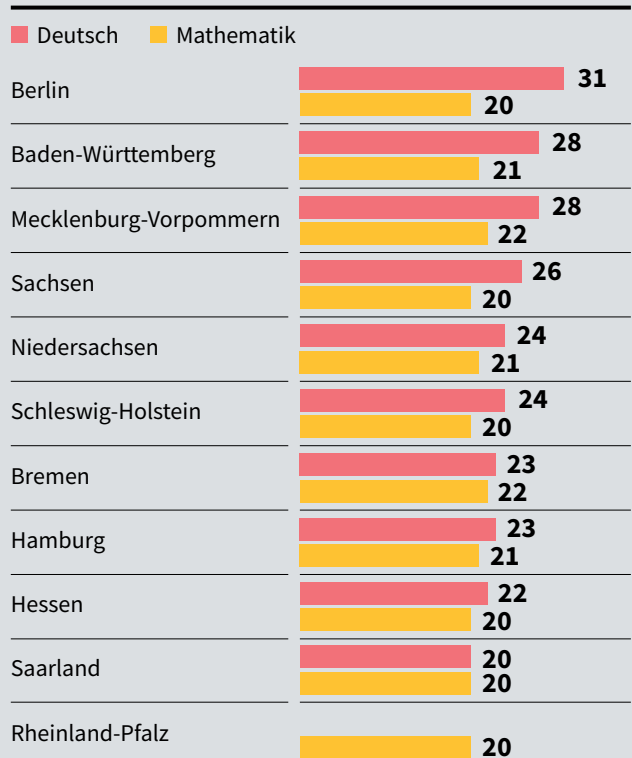
Während das Pensum des Matheunterrichts mit wöchentlich 20 bis 22 Stunden über alle Jahrgangsstufen hinweg in sämtlichen Bundesländern ähnlich hoch ist, besteht beim Deutschunterricht mit 31 Wochenstunden in Berlin und 20 im Saarland ein großes Gefälle.

Im Saarland gibt es dafür eine große Zahl an Förderstunden, die gegebenenfalls für das Fach Deutsch eingesetzt werden können. Dieser Gestaltungsspielraum ist nicht selbstverständlich. In Hessen beispielsweise, das mit 22 Wochenstunden Deutsch ebenfalls am unteren Ende der Skala rangiert, gibt es keine solch flexible Förderstundenregelung. Hier sind alle Förderstunden auf konkrete Fächer festgelegt.

**Grundschulen:
Mal mehr, mal weniger Deutschunterricht**

So viele Schulstunden in Deutsch und Mathematik werden an Grundschulen wöchentlich in den ersten vier Jahrgangsstufen unterrichtet

Lesebeispiel: 20 Schulstunden entsprechen rein rechnerisch einem Durchschnitt von fünf Schulstunden pro Woche in jedem Jahrgang, wobei die Stundenkontingente in den ersten zwei Jahrgangsstufen deutlich niedriger ausfallen als in den Klassen 3 und 4.



Schulstunde: 45 Minuten
 Mecklenburg-Vorpommern: eine Stunde mehr oder weniger Deutschunterricht je Woche möglich
 Niedersachsen: abweichende Studentafel möglich
 Nicht aufgeführte Bundesländer: haben gemeinsame Kontingente für mehrere Fächer definiert, zu denen auch Deutsch und Mathematik zählen; Gleiches gilt für den Deutschunterricht in Rheinland-Pfalz

Quelle: Bundesländer
 © 2024 IW Medien / iwd



Um künftig ein vergleichbares Pensum an Deutschstunden während der Grundschulzeit zu erreichen, sollten sich die Bundesländer bei der Erstellung ihrer Studentafeln an der Empfehlung der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz orientieren: Sie rät, in den vier Jahrgängen mindestens 20 Wochenstunden Mathematik und 24 Stunden Deutsch zu unterrichten.

IW-Report 7/2024

Wido Geis-Thöne: Unterrichtsstunden an Grundschulen im Ländervergleich

iwkoeln.de/unterricht-grundschule

Kompliziertes Konstrukt

Bürgergeld. Die Grundsicherung in Deutschland sorgt regelmäßig für Diskussionen – besonders dann, wenn es um eine Erhöhung der Sätze geht. Wie sich Bürgergeld, Preisniveau und Mindestlohn in Relation zueinander seit 2020 entwickelt haben, hat das IW berechnet.

Und jährlich grüßt das Murmeltier: Jedes Mal, wenn die Grundsicherung in Deutschland angehoben wird, gibt es Diskussionen um die angemessene Höhe der staatlichen Hilfen. Oft wird der fehlende Abstand des Bürgergelds zum Einkommen von Mindestlohnbeziehern bemängelt. Auch wenn dieser Vergleich nicht sinnvoll ist – denn man kann Erwerbseinkommen und Bürgergeld auch miteinander kombinieren –, ist die Höhe des Bürgergelds in Relation zur Preisentwicklung und zu den Löhnen ein wichtiger Faktor für dessen gesellschaftliche Akzeptanz.

Für eine Bewertung ist es wichtig zu wissen, wie die Höhe der Grundsi-

cherung festgelegt wird: Jeweils zur Jahresmitte wird der Regelbedarf für das kommende Jahr fixiert. Datengrundlage dafür ist die Lohnentwicklung sowie der für den Regelbedarf relevante Preisindex. Das bedeutet: Die Anpassung der Grundsicherung hinkte bisher hinter der tatsächlichen Preisentwicklung zurück.

Weil die Inflation im Zuge des Ukraine-Kriegs aber stark gestiegen ist und Bürgergeldempfänger in der Regel solche Preissprünge schlecht kompensieren können, hat der Bund den Mechanismus im Jahr 2022 angepasst. Nun schätzt er die Preisentwicklung für das nächste Jahr und bezieht sie in die Berech-

nung mit ein. Die Folge: Die Höhe der Grundsicherung ist zuletzt stärker gestiegen als in früheren Jahren.

Wie sich die drei Indikatoren Grundsicherung, Preisniveau und Mindestlohn – auch unter Berücksichtigung der neuen Berechnungsmethode – in Relation zueinander entwickelt haben, hat das IW berechnet (Grafik):

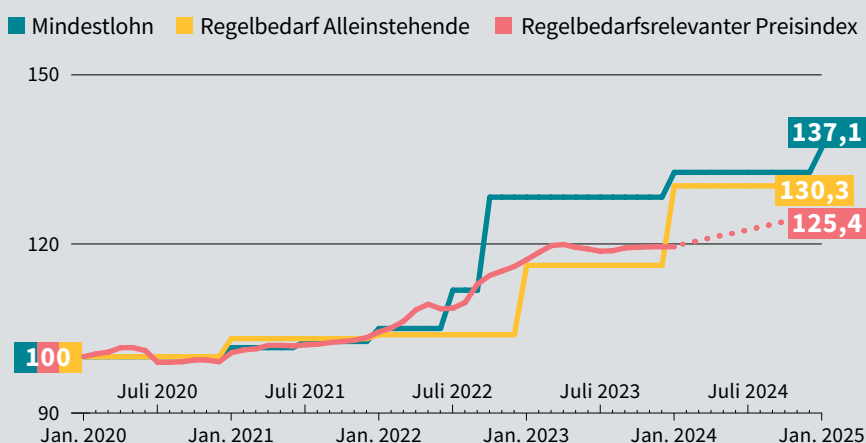
Bürgergeld und Mindestlohn sind von Januar 2020 bis Januar 2024 stärker gestiegen als der für den Regelbedarf relevante Verbraucherpreisindex.

Beim Bürgergeld liegt das daran, dass die Inflation nachgelassen hat, was beim Festlegen des Regelbedarfs im vergangenen Jahr noch nicht absehbar war.

Die Folge der zu starken Anpassung: Selbst wenn die Preise in diesem Jahr um 5 Prozent stiegen – eine eher pessimistische Annahme –, würde die Erhöhung des Bürgergelds seit 2020 auch Anfang 2025 noch über der Preissteigerung in diesem Zeitraum liegen. Zugleich dürfte das Bürgergeld auf Grundlage des neuen Anpassungsmechanismus zum 1. Januar 2025 nicht steigen. Ob die Politik in einem Wahljahr aber darauf tatsächlich verzichtet, ist fraglich.

Grundsicherung: Anpassung an Preise funktioniert

Januar 2020 = 100



Regelbedarfsrelevanter Preisindex: auf den Bedarf von Bürgergeldempfängern abgestimmte Variante des Verbraucherpreisindex, ab Januar 2024 Fortschreibung

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 5/2024

Holger Schäfer, Christoph Schröder, Stefanie Seele: Bürgergeld und Preisentwicklung
iwkoeln.de/bürgergeld

Fit für die Daten

Industrie. Für viele Unternehmen in Deutschland sind Daten wichtiger Bestandteil ihres Geschäftsmodells. Da bildet die Industrie keine Ausnahme. Um die eigene Datenkompetenz zu erhöhen, setzen viele Industriebetriebe auf Weiterbildungen für ihre Mitarbeiter.

Speichern, verarbeiten, nutzen – Daten sind für Unternehmen in den vergangenen Jahren immer wichtiger geworden und inzwischen oft essenziell. Entscheidend ist daher, dass die Firmen genug Mitarbeiter haben, die mit den Daten entsprechend umgehen können. Das gilt nicht zuletzt auch für Industriebetriebe sowie die Dienstleister, mit denen sie zusammenarbeiten.

Die Unternehmen setzen dabei vor allem auf die Weiterbildung ihres Personals, wie eine Befragung von mehr als 1.000 Industrieunternehmen und industrienahen Dienstleistern durch das Institut der deutschen Wirtschaft zeigt (Grafik):

Von den Firmen, für die Datenkompetenz wichtig ist und die weniger als 50 Mitarbeiter haben, bildeten im Jahr 2023 rund 73 Prozent ihre Belegschaft zum Thema Daten weiter. Von den Betrieben ab 250 Mitarbeitern taten dies sogar 92 Prozent.

Aufträge für externe Dienstleister zur Datenbearbeitung vergeben vor allem die großen Unternehmen. Die kleinen Firmen greifen dagegen laut eigener Aussage häufig auf die Datenkompetenzen ihrer Partnerbetriebe und Kunden zurück. Außerdem stellen sie gern Studenten oder Auszubildende mit Datenkenntnissen ein – diese Mitarbeiter sind schlicht günstiger als die oftmals

überdurchschnittlich gut bezahlten Datenexperten.

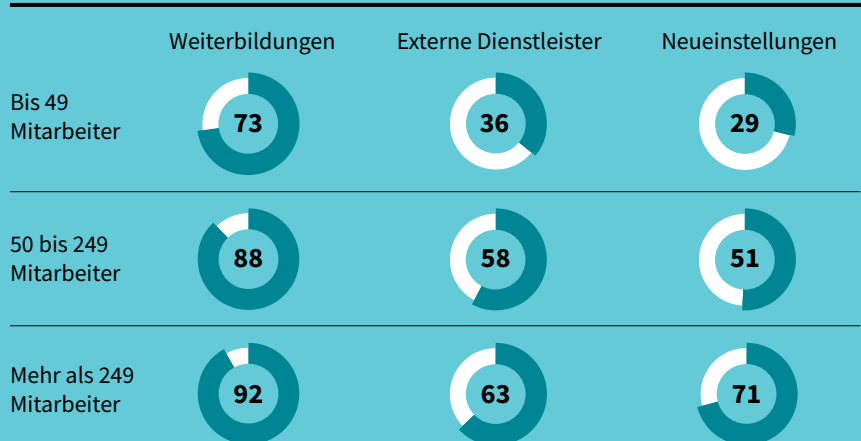
Neueinstellungen von Beschäftigten mit Datenkompetenz spielen für große Betriebe eine übergeordnete Rolle – 71 Prozent versuchen auf diese Weise, ihre Expertise zu verbessern. Das passt auch gut mit dem Befund zusammen, dass nur 55 Prozent der großen Industrieunternehmen und industrienahen Dienstleister über genügend qualifiziertes Personal verfügen. Bei den Betrieben mit weniger als 250 Angestellten liegt die Quote oberhalb von 70 Prozent.

Auch wenn die Wege unterschiedlich sind, arbeitet der Großteil der befragten Unternehmen im Rahmen seiner Möglichkeiten daran, Daten besser verwerten zu können. Die Politik sollte diesen Prozess unterstützen, indem sie darauf achtet, die bürokratischen Hürden für die Datenbewirtschaftung so klein wie möglich zu halten.

IW-Kurzbericht 4/2024
Jan Büchel: Aufbau von Datenkompetenz in Unternehmen
iwkoeln.de/datenkompetenz

Datenkompetenz: Industrie setzt auf Weiterbildung

So viel Prozent der Industrie- und industrienahen Unternehmen in Deutschland, für die Datenkompetenz wichtig ist, verbesserten sie im Jahr 2023 auf diesem Weg



Datenkompetenz: Mitarbeiter können Daten effizient speichern, verarbeiten und nutzen
Mehrfachnennungen möglich
Befragung von 1.010 Industrie- und industrienahen Unternehmen im Herbst 2023
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

Azubis aus dem Ausland

Berufsausbildung. *Noch nie war es für deutsche Unternehmen schwieriger, Auszubildende zu finden. Vergangenes Jahr blieben erneut Zehntausende Lehrstellen unbesetzt. Ohne ausländische Jugendliche wäre die Lücke noch viel größer – vor allem in Engpassberufen.*

73.400 – so viele Ausbildungsplätze konnten in Deutschland im Jahr 2023 laut Bundesinstitut für Berufsbildung nicht besetzt werden. Für jede achte Lehrstelle fand sich kein passender Bewerber – ein neuer Höchstwert.

Man könnte meinen, für junge Menschen wäre die Berufsausbildung nicht mehr attraktiv und sie beginnen eher ein Studium. Neue Untersuchungen des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigen allerdings, dass die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen nicht bei allen Jugendlichen hierzulande gesunken ist (Grafik):

Während die Zahl deutscher Ausbildungsanfänger hierzulande von 2013 bis 2022 um rund 15 Prozent zurückgegangen ist, stieg die

Zahl neuer Azubis mit ausländischer Staatsangehörigkeit im selben Zeitraum um 64 Prozent.

Jeder Dritte der knapp 55.000 internationalen Ausbildungsanfänger im Jahr 2022 stammte aus einem der acht größten Asylherkunftsländer: Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien. Ihr Anteil an allen angehenden Azubis in Deutschland stieg von nicht einmal 0,5 Prozent im Jahr 2013 auf etwa 3,5 Prozent im Jahr 2022. Insgesamt machten ausländische Jugendliche 2022 rund 12 Prozent aller Ausbildungsanfänger in Deutschland aus – Tendenz steigend.

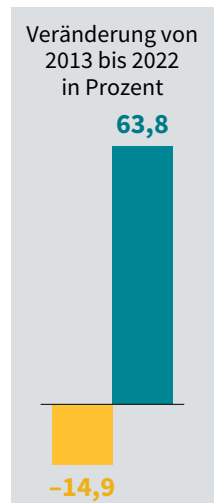
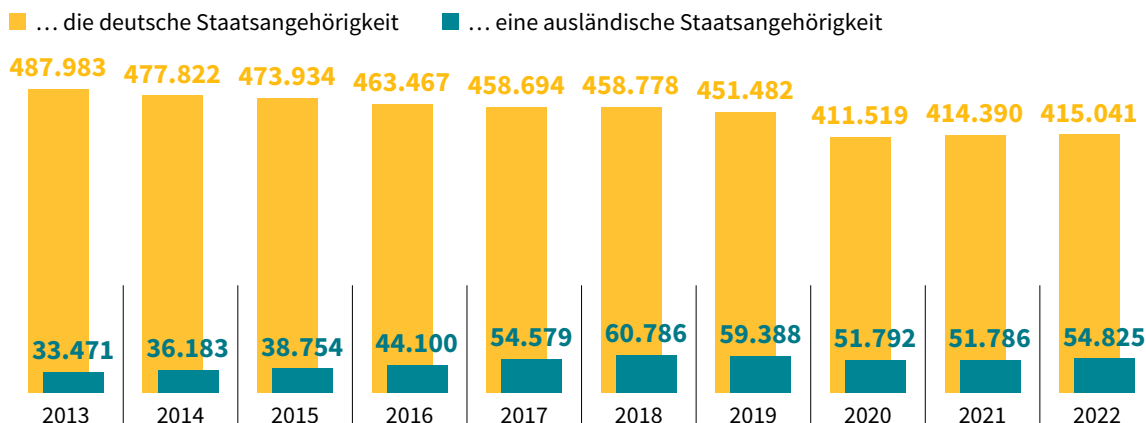
Viele von ihnen entscheiden sich für Ausbildungen in Berufen, in denen der Personalmangel besonders groß ist (Grafik Seite 13):

Von den zehn Berufen mit dem höchsten Anteil ausländischer Ausbildungsanfänger sind neun Berufe von Fachkräftengapsen betroffen.

Zu den Bereichen, in denen ausländische Ausbildungsanfänger am stärksten vertreten sind, zählen die Systemgastronomie mit rund 56 Prozent, der Gastronomieservice (49 Prozent) und der Beruf des zahnmedizinischen Fachangestellten (38 Prozent). In diesen Berufsfeldern war die Fachkräftesituation 2022 besonders angespannt: Für mehr als die Hälfte aller offenen Stellen gab es bundesweit keine passend qualifizierte Arbeitslosen. Bei den zahnmedizinischen Fachangestellten traf das sogar auf mehr als 70 Prozent aller offenen Stellen zu.

Immer mehr internationale Azubis

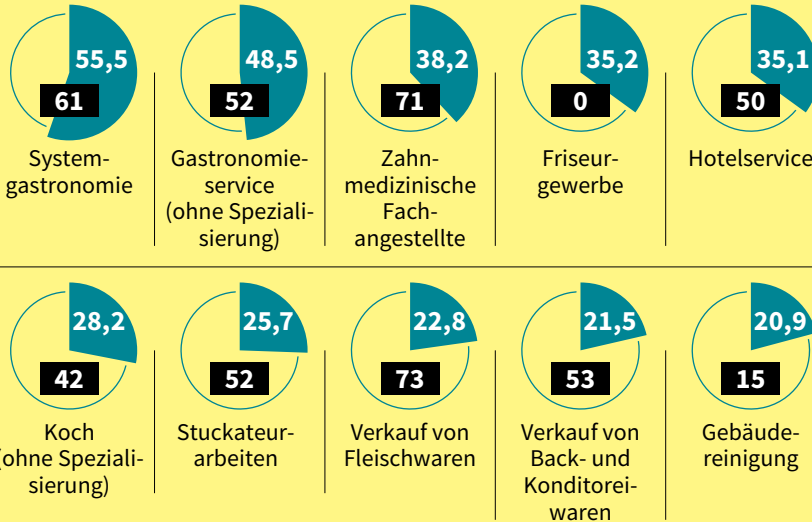
So viele Ausbildungsanfänger in Deutschland besaßen ...



Internationale Azubis: In Engpassberufen stark vertreten

So viel Prozent der Personen, die 2022 eine Ausbildung in Deutschland in diesen Berufen angefangen haben, besaßen eine ausländische Staatsangehörigkeit

■ Stellenüberhangsquote



Stellenüberhangsquote: Anteil offener Stellen, für die es bundesweit rechnerisch keine passend qualifizierten Arbeitslosen gibt, in Prozent

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Bundesinstitut für Berufsbildung, Institut der deutschen Wirtschaft © 2024 IW Medien / iwd

iwd

In Berufen, die seit 2013 durchgängig Fachkräfteengpässe aufweisen, hat sich die Zahl der ausländischen Ausbildungsanfänger von 2013 bis 2022 sogar mehr als verdoppelt.

Gleichzeitig ist die Zahl der deutschen Ausbildungsanfänger in Engpassberufen beinahe konstant geblieben.

Warum sich vor allem ausländische Jugendliche für Ausbildungen in Engpassberufen entscheiden, lässt sich nicht eindeutig sagen. Die guten Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen in diesen Berufen dürften eine Rolle spielen. Außerdem ist denkbar, dass Berufsberater ausländischen Jugendlichen häufiger eine Ausbildung in Berufen empfehlen, in denen Mitarbeiter knapp sind. Möglich ist auch, dass ihre Eltern anders auf ihre Berufswahl einwirken als deutsche Eltern oder dass jene Berufe in ihren Herkunftsländern bekannter sind als andere.

Ihr volles Potenzial konnten ausländische Jugendliche auf dem hiesigen Ausbildungsmarkt allerdings noch nicht entfalten. Denn obwohl immer mehr von ihnen eine Ausbildung beginnen, erhalten internationale Bewerber noch immer seltener einen Ausbildungsplatz als ihre deutschen Mitbewerber, wie Daten der Bundesagentur für Arbeit zeigen.

Im Jahr 2020 haben 19 Prozent der ausländischen Bewerber in Engpassberufen keinen Ausbildungsplatz gefunden. Unter den deutschen Bewerbern sind lediglich 13 Prozent leer ausgegangen.

Diese Lücke kann sowohl mit einzelnen Anforderungen der Ausbildungsbetriebe als auch mit mangelnden Sprachkenntnissen oder schwächeren Schulabschlüssen der Bewerber zusammenhängen.

Gerade deshalb sollten Unternehmen ausländische Jugendliche direkt ansprechen und unterstützen –

zum Beispiel, indem sie an Orten für sich werben, an denen viele dieser jungen Menschen anzutreffen sind. Neben Migrantenorganisationen, Schulen oder Jugendzentren bieten soziale Netzwerke gute Möglichkeiten, mit der Zielgruppe in Kontakt zu kommen.

Um ausländische Jugendliche erfolgreich in den Betrieb zu integrieren und während der Ausbildung zu unterstützen, informieren die Arbeitsagenturen über zahlreiche Förderangebote – von ausbildungsbegleitenden Hilfen bis hin zur Assistierten Ausbildung.

Und auch die Politik macht sich mit ihrer Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes für internationale Azubis stark: Ab März 2024 dürfen sich junge Menschen aus Drittstaaten – also aus Nicht-EU-Ländern – neun statt sechs Monate in Deutschland aufhalten, um nach einem Ausbildungsplatz zu suchen. Die Sprachanforderungen wurden zudem gesenkt. Die Regeln gelten künftig nicht mehr nur für Jugendliche und junge Erwachsene bis 25 Jahre, sondern für alle bis zu einem Alter von 35 Jahren.

Damit die neuen Bestimmungen helfen, den Fachkräftemangel in Deutschland zu lindern, muss außerhalb der EU allerdings noch stärker über die Erleichterungen informiert werden, zum Beispiel über das Portal der Bundesregierung zur Fachkräftesicherung „Make it in Germany“. Unternehmen – insbesondere kleine und mittlere – benötigen zudem Unterstützung bei der Anwerbung und Auswahl geeigneter Kandidaten im Ausland.

Gutachten

Anika Jansen, Jurek Tiedemann, Dirk Werner: Fachkräftesicherung durch Ausbildung – Potenziale von deutschen und ausländischen Jugendlichen in Engpassberufen iwkoeln.de/ausbildung-engpassberufe

Auf die Spitze getrieben

Tarifpolitik. Zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ging es in Deutschland im vergangenen Jahr so ruppig zu wie seit Langem nicht mehr. Die Tarifverhandlungen waren und sind in vielen Branchen von langwierigen Konflikten geprägt. Für 2024 erwartet das IW ebenfalls intensive Auseinandersetzungen um Arbeitsbedingungen und Lohn.

Wenn die Lokführer streiken, merken das alle. Auch Arbeitskämpfe in der Luftfahrt oder rund um die Kinderbetreuung bringen den Alltag vieler Menschen durcheinander. Tarifverhandlungen in anderen Branchen laufen dagegen oft fern der breiten Öffentlichkeit ab. Dementsprechend kann das individuelle „Streikgefühl“ durchaus von der Realität abweichen.










Um einen Überblick über die Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften zu schaffen, erhebt das Institut der deutschen Wirtschaft bereits seit dem Jahr 2010 die Konfliktintensität in Tarifverhandlungen. Dabei messen die Forscher auf einer Skala von 0 bis 7, wie stark der jeweilige Tarifkonflikt eskaliert ist. Dabei steht die 0 für Tarifverhandlungen, 7 für Streiks und Aussperrung. Das IW konnte seine Stichprobe zuletzt erweitern, sodass nun Aussagen über 20 Branchen gemacht werden können.

Aus diesen flossen im Jahr 2023 23 Tarifverhandlungen in die Statistik ein. Das Ergebnis (Grafik Seite 15):

Noch nie seit Beginn der Erhebung im Jahr 2010 waren die Tarifverhandlungen in Deutschland im Schnitt so konfliktreich

Tarifverhandlungen: Die intensivsten Konflikte

im Jahr 2023

Branche/ Unternehmen	Verhandlungs- länge in Monaten	Maximale Eskalations- stufe	Konflikt- intensität in Punkten	Verhand- lungen abge- schlossen?
 Einzelhandel (NRW)	9,3	4	60	nein
 Groß- und Außen- handel (NRW)	9,4	4	59	nein
 Deutsche Bahn (EVG)	6,7	6	33	ja
 Eurowings (Piloten)	19,0	7	30	nein
 Öffentlicher Dienst (Bund und Kommunen)	6,1	5	29	ja
 Deutsche Bahn (GdL)	3,1	6	26	nein
 Papierverarbeitende Industrie	4,0	4	22	ja
 Eisen- und Stahl- industrie (Nordrhein)	1,3	4	16	ja
 Deutsche Post	4,3	6	15	ja

Konfliktintensität und Eskalationsstufe: Alle Konfliktbehandlungen während einer Tarifrunde werden in Eskalationsstufen von 0 bis 7 eingeteilt und mit der entsprechenden Punktzahl bewertet: 0 = Tarifverhandlung, 1 = Streik- und Aussperrungsdrohung, 2 = Abbruch der Verhandlungen, 3 = Streikankündigung oder -aufruf, 4 = Warnstreik, 5 = Scheitern der Tarifverhandlung und Schlichtung oder juristische Auseinandersetzung, 6 = Scheitern und Urabstimmung oder unmittelbarer Streikaufruf, 7 = Streik und Aussperrung. Die maximale Eskalationsstufe gibt an, bis zu welcher Konfliktbehandlung sich eine Tarifrunde zugespitzt hat. Die Konfliktintensität ergibt sich aus der aufsummierten Punktzahl aller Eskalationsstufen.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

wie im vergangenen Jahr – der Index stieg auf 15 Konfliktpunkte.

Wie stark der Ausschlag nach oben ist, zeigt der Blick auf die einzelnen Jahreswerte: Nur einmal – im Jahr 2015 – lag der Durchschnitt der Konfliktintensität über der Marke von zehn Punkten.

Besonders schwierig gestalteten sich zuletzt die Auseinandersetzungen um neue Tarifverträge im Handel (Grafik Seite 14):

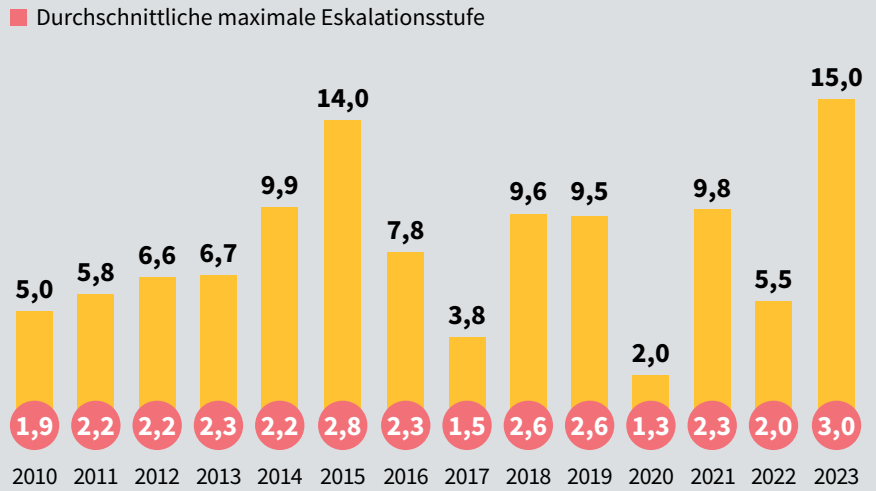
Im Einzelhandel sowie im Groß- und Außenhandel summieren sich die Konfliktpunkte im vergangenen Jahr auf 60 beziehungsweise 59. Eine Einigung zwischen der Gewerkschaft ver.di und den Arbeitgebern ist dabei weiterhin nicht in Sicht.

Ebenso über den Jahreswechsel hinaus stritten die Lokführergewerkschaft GdL und die Deutsche Bahn um einen neuen Tarifvertrag. Im Jahr 2023 beliefen sich die Konfliktpunkte hier auf 26 (Platz sechs). Die langen Streiks zu Beginn des Jahres und die nicht absehbare Einigung werden diesen Wert noch deutlich in die Höhe treiben.

Am Beispiel der Auseinandersetzungen bei der Deutschen Bahn lässt sich zudem ein neuer Trend in der Tarifpolitik beleuchten – der „Konflikt ohne Partnerschaft“. In der Regel suchten Arbeitgeber und Gewerkschaften in der Vergangenheit trotz teils hitziger Auseinandersetzungen stets den Kompromiss – in der Fachsprache heißt das Konfliktpartnerschaft. Allerdings drohen nun immer mehr Arbeitnehmervertreter die gleiche Strategie zu verfolgen wie die GdL. Statt auf Verhandlungen

Tarifkonflikte: 2023 war ein Rekordjahr

Durchschnittliche Konfliktintensität der Tarifverhandlungen in Punkten



Angepasste Werte aufgrund größerer Datengrundlage
 Konfliktintensität und Eskalationsstufe: Alle Konfliktthandlungen während einer Tarifrunde werden in Eskalationsstufen von 0 bis 7 eingeteilt und mit der entsprechenden Punktzahl bewertet: 0 = Tarifverhandlung, 1 = Streik- und Aussperrungsdrohung, 2 = Abbruch der Verhandlungen, 3 = Streikankündigung oder -aufruf, 4 = Warnstreik, 5 = Scheitern der Tarifverhandlung und Schlichtung oder juristische Auseinandersetzung, 6 = Scheitern und Urabstimmung oder unmittelbarer Streikaufruf, 7 = Streik und Aussperrung. Die maximale Eskalationsstufe gibt an, bis zu welcher Konfliktthandlung sich eine Tarifrunde zugespitzt hat. Die Konfliktintensität ergibt sich aus der aufsummierten Punktzahl aller Eskalationsstufen.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2024 IW Medien / iwd



und Entgegenkommen zu setzen, wird eine „Alles-oder-nichts“-Hal-tung praktiziert.

Das Jahr 2024 dürfte dem IW zufolge deshalb ähnlich konflikt-reich verlaufen wie 2023.

Das liegt zum einen an den noch offenen und absehbar ungelösten Tarifstreits im Handel und bei der Deutschen Bahn. Zum anderen steigen in diesem Jahr weitere große Branchen in die Tarifverhandlungen ein: ver.di verhandelt mit den privaten und öffentlichen Banken und bei der Deutschen Telekom AG; in der Metall- und Elektro-Industrie startet ebenfalls eine große Tarifrunde und auch in der Chemieindustrie läuft der geltende Tarifvertrag aus.

Da zu Verhandlungen immer zwei Parteien gehören, hängt es natürlich auch von der Kompromissbereitschaft der Arbeitgeber ab, wie konfliktreich die nächsten Monate verlaufen. Sie befinden sich dabei in einer Zwickmühle: Auf der einen Seite stehen sie durch die Rezession finanziell unter Druck, auf der anderen Seite müssen sie aufgrund des Fachkräftemangels den Beschäftigten attraktive Gehälter und Arbeitsbedingungen bieten.

IW-Report 5/2024

Hagen Lesch, Lennart Eckle: Konflikte ohne Partnerschaft?
iwkoeln.de/tarifpolitik_2023

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
 Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · Redaktion: Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Sarah Neu, Kerstin Schraff, Alexander Weber
 Grafik: IW Medien GmbH · E-Mail: iwd@iwkoeln.de · Bezugspreis: € 12,99/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · Abo-Service: Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · Druck: Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post



Zahl der Woche



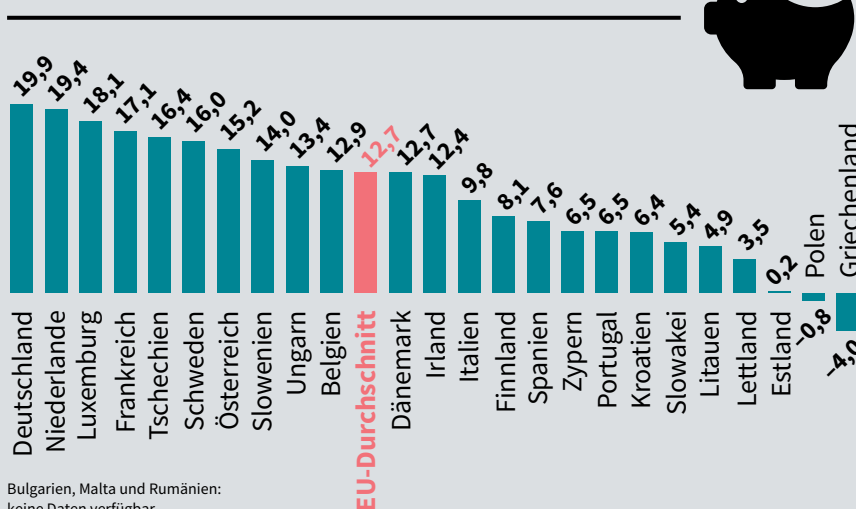
würde die Wirtschaftsleistung in Deutschland innerhalb weniger Jahre durch einen „Dexit“ – wie ihn die AfD in ihrem Wahlkampf für die Europawahl ins Spiel gebracht hat – sinken. Das zeigen Berechnungen des IW auf der Basis von Studien zum Brexit. Die negativen Folgen eines Austritts Deutschlands aus der Europäischen Union würden sich mit der Zeit noch verstärken. In zehn bis 15 Jahren würde das Minus bei 10 Prozent liegen, ein volkswirtschaftlicher Verlust von 400 bis 500 Milliarden Euro, so die IW-Forscher. Bereits ein Einbruch der Wirtschaftsleistung um 6 Prozent hätte gravierende Folgen für den Arbeitsmarkt: Rund 2,2 Millionen Jobs gingen dadurch schätzungsweise verloren. Die Bundesrepublik wäre von einem EU-Austritt zudem viel heftiger betroffen als das Vereinigte Königreich, das die Staatengemeinschaft 2021 verlassen hat. Dafür gibt es mehrere Gründe: Zum einen ist die exportorientierte deutsche Wirtschaft stärker vom EU-Binnenmarkt abhängig, zum anderen ist Deutschland – im Gegensatz zum Vereinigten Königreich – Teil der Währungsunion und müsste nach dem Ausstieg ein erhebliches Wechselkursrisiko tragen. Deutschland kann sich folglich jede Form der Abkopplung von Europa schlicht nicht leisten.

Topliste: Sparquoten in der EU

Die Bürger keines anderen EU-Landes sparten im Jahr 2022 so eifrig wie die Deutschen – nämlich knapp 20 Prozent ihres verfügbaren Einkommens. Im europäischen Durchschnitt betrug die Quote hingegen weniger als 13 Prozent – und war damit deutlich niedriger als im Jahr 2021. Damals hatten verschiedene Corona-Einschränkungen dazu geführt, dass mehr als 16 Prozent der Einkommen nicht ausgegeben, sondern gespart wurden. In zwei EU-Staaten war die Sparquote 2022 sogar negativ – Privatpersonen hoben bei den Banken also mehr Geld ab, als sie eingezahlt haben, oder sie nahmen Kredite auf, um ihre Ausgaben zu decken oder eine Immobilie zu kaufen. So lagen die Konsumausgaben der Griechen um 4 Prozent und die der Polen um knapp 1 Prozent über ihren verfügbaren Einkommen.

Deutsche sparen am meisten

So viel Prozent ihres verfügbaren Einkommens sparten die Einwohner des jeweiligen EU-Landes im Jahr 2022 durchschnittlich



Bulgarien, Malta und Rumänien: keine Daten verfügbar

Quelle: Eurostat
© 2024 IW Medien / iwd